

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

16.8.1924 (No. 190)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
E. A. Seyfried
Karlsruhe

Belegpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausschaltung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Die Rache der Reparationskohle

Aus Brüssel wird uns geschrieben:
Der im Vertrag von Versailles verkörperte weltwirtschaftliche Unfug, ein Volk jahrelang in der Frohn der „Siegerstaaten“ arbeiten zu lassen, beginnt sich, je länger je mehr, auch den Kreisen zu offenbaren, die mit den deutschen Sachlieferungen ein glänzendes Geschäft zu machen gehofft hatten. So lange die führenden Volkswirtschaften sich noch in der Übergangszeit befanden, Ausfälle der normalen Produktion verzeichneten, war ihnen die Ergänzung durch deutsche Zwangslieferungen, namentlich an Brennstoffen willkommen. Mit der allmählichen Rückkehr normaler Wirtschaftsverhältnisse jedoch verfehrt sich der deutsche „Segen“ in Unsegen.

Das ist am handgreiflichsten auf dem internationalen Brennstoffmarkt der Fall. Während noch vor Monaten Frankreich und Belgien nicht genug an Kohlen- und Kokslieferungen aus Deutschland herausholen konnten, — siehe Ruhrstreik! — wird ihnen heute dieser ununterbrochene Zustrom deutscher Reparationsbrennstoffe in wachsendem Maße un bequem, beginnt er doch in fühlbarer Weise, ihre eigene Brennstoffindustrie lahm zu legen, bezw. andere Industrien zu beschweren.

Kennzeichnend für diesen Umschwung der Dinge sind z. B. die Ausführungen, die das führende Blatt der französischen Metallindustrie, die „Ufine“, kürzlich zur Lage der Koksversorgung machte. Es erklärte, die deutschen Reparationskokslieferungen hätten in letzter Zeit die Tendenz, die gegenwärtigen Bedürfnisse der Metallindustrie zu übersteigen. Die einzelnen Werke könnten die ihnen zugewiesenen Mengen aus Mangel nicht mehr lagern. Erjäwärt werde die Lage noch durch das Fehlen ausreichender Arbeitskräfte und dem zunehmenden Kapitalmangel der Industrie, der eine Festlegung flüssiger Gelder in Koks nicht zulasse. In den Kreisen der Metallindustriellen wünsche man eine Einschränkung der Zufuhren. Man müsse sich also fragen, was aus den Lagerbeständen werden solle, welche die Minen im Ruhrgebiet angehäuft habe, und wer nach ihrem Abtransport nach Frankreich die Lagerungskosten dafür bezahlen solle!

Daß der belgische Kohlenbergbau bereits seit längerer Zeit wenig Freude an der deutschen Konkurrenz erlebt, ist bekannt. Immer zahlreicher und dringender werden in der belgischen Presse die Beschwerden über die durch das Übermaß deutscher Lieferungen verursachte Depression des Kohlenmarktes. So berechnete die „Etoile Belge“, daß die an Belgien gehenden Lieferungen deutscher Reparationskohlen im laufenden Jahre auf der jetzigen Grundlage 7 1/2 Millionen Tonnen oder im Monatsdurchschnitt 625 000 Tonnen erreichen dürften. Dieser Menge stellt die Zeitung die durchschnittliche belgische Eigenproduktion von monatlich 2 Millionen Tonnen gegenüber und führt aus, daß, obwohl auch im Jahre 1913 die Einfuhr deutscher Kohle sehr erheblich gewesen sei, das ungeheure Anwachsen der deutschen Lieferungen die Lage des belgischen Kohlenmarktes aufs schwerste erschüttern müsse. Ungeundes Anwachsen der Lagerbestände, empfindliche Preisverhärterung und gefährliche Lohnkämpfe würden unvermeidlich sein.

Zu der Erkenntnis, daß eine entsprechende Verminderung der deutschen Kohlenlieferungen die Lage sofort zu bessern geeignet sein würde, kommt das Blatt erstaunlicherweise nicht. Es verlangt lediglich staatliche Maßnahmen zur Hilfeleistung für die schwerbedrängten belgischen Kohlenbesitzer!

Der Reichspräsident empfing am Freitag in Berlin die belgische Sonderdelegation unter Führung des Oberinspektors des Bergwesens des Oberlandes des Rheinlandes des Reichspräsidenten. Er nahm von diesem einige Geschenke des Prinzregenten und der Kaiserin von Belgien entgegen. Es wurden Begrüßungsansprachen ausgetauscht. Im Anschluß fand beim Reichspräsidenten ein Frühstück statt. Im Laufe des Nachmittags stattete im Auftrage des Reichspräsidenten der Staatssekretär Meißner der belgischen Sonderdelegation einen Gegenbesuch ab und überreichte als Gegengabe des Reichspräsidenten Erzeugnisse des deutschen Kunstgewerbes und der deutschen optischen Industrie.

Für Parzellierung oberösterreichischer Latifundien. Der Landesrechnungsrat Oberösterreich fordert, wie bekannt wird, angesichts der Tatsache, daß aus den umfangreichen Besitzungen des Reichsgrafen von Oppersdorf in Oberglöckz bisher noch kein Land für bäuerliche Neusiedlungen zur Verfügung gestellt wurde, die Oberösterreichische Siedlungsgesellschaft auf, Güter im Umfange von 3500 Morgen aus der Herrschaft Oberglöckz zu wählen, welche sich am besten für bäuerliche Siedlungen eignen, damit deren Enteignung betrieben werden kann.

Vor der Einigung in London

In London haben die deutsch-französisch-belgischen Verhandlungen in der Frage der Räumung der Ruhr am Freitagabend aufs Neue begonnen, sie sollten heute nach einem verbindlichen Communiqué, das sich optimistisch ausdrückte, fortgesetzt werden. Nach den in Berlin vorliegenden Nachrichten wird für den heutigen Samstag eine Einigung erwartet.

Die Lage am Freitag abend
Was folgende: Die Franzosen haben es aufgegeben, die Räumungsfrage mit wirtschaftlichen Zugeständnissen und mit der Frage des deutsch-französischen Handelsvertrages zu verbinden. Ferner habe Herriot darin eingewilligt, daß die einjährige Räumungsfrist bereits vom Tage der Unterzeichnung des Londoner Schlußprotokolls zu laufen beginnt, daß also im August 1925 die letzten französischen Soldaten das Ruhrgebiet verlassen werden. Ein weiteres Zugeständnis ist von den Franzosen in der Eisenbahnerfrage gemacht worden. Die 4000 französischen und belgischen Regimentsbahnen, deren Belassung im Ruhrgebiet vorgesehen war werden verschwinden; es wird lediglich eine begrenzte Zahl von Eisenbahnern als Genseteilung in der Besatzungszone beibehalten werden. Die deutsche Delegation hatte nur noch in drei Fragen Zugeständnisse zu erreichen. Sie legt 1. Wert darauf, daß die Verpflichtung zur Räumung des Ruhrgebietes in das Schlußprotokoll der Londoner Konferenz aufgenommen und damit von allen Signatarmächten garantiert werde. 2. Soll eine Änderung der Besatzungsmethoden erzielt werden. Es könnte dann nicht mehr alle möglichen Eingriffe in die deutsche Verwaltung und Justizvollziehung erfolgen. Die Möglichkeit für die Einschaltung einer schiedsrichterlichen Instanz soll erreicht werden. Schließlich vertreten die deutschen Delegierten die Auffassung, daß das Sanktionsgebiet von Düsseldorf und Duisburg dem Ruhrgebiet in jeder Beziehung gleichgestellt werde.

Paris, 16. Aug. Der Londoner Sonderberichterstatter des „Quotidien“ meldet über die gestrigen deutsch-französisch-belgischen Verhandlungen, das Besondere bestehe darin, daß die französische und die belgische Regierung ein Schreiben an die deutsche Regierung richten würden, in dem sie ihren Beschluß mitteilen und gegen die von Reichskanzler Marx neuerlich in einem Brief an den Vorsitzenden der Konferenz vorgebrachte Behauptung protestieren, daß die Befreiung des Ruhrgebietes rechtswidrig sei und den Bedingungen des Versailler Vertrages zuwiderlaufe. Die deutsche Regierung werde dann in ihrem Antwortschreiben ihren Standpunkt aufrecht erhalten, sie werde hinzufügen, dies könne sie nicht hindern, den Beschluß der französischen und belgischen Regierung zur Kenntnis zu nehmen, daß das Ruhrgebiet in spätestens einem Jahr zu räumen sei, da sie die Entscheidung Frankreichs und Belgiens weder zu billigen noch abzulehnen habe, sondern sich vielmehr damit begnügen müsse, diese Tatsache zu registrieren. Diese Formel erklärte sich ohne weiteres, denn Frankreich und Belgien hätten ja von Deutschland nicht verlangt, daß es die Aufrechterhaltung der Besetzung gutheißt, sondern sie hätten ihm lediglich ihren Beschluß mitgeteilt, den sie gefaßt hätten und der keinerlei Feilschen zulasse.

Endgültige Räumung von Dortmund zugesagt
Paris, 16. Aug. Nach dem Londoner Berichterstatter des „Quotidien“ soll die französische Regierung die Absicht haben, sobald Herriot vom Parlament ermächtigt sei, die Londoner Abmachungen insgesamt endgültig zu unterzeichnen, die Räumung der Zone von Dortmund anzuordnen.

Ein deutsches Memorandum
London, 16. Aug. Der amtliche englische Funkdienst meldet, daß Reichskanzler Dr. Marx und Außenminister Dr. Stresemann, als sie heute in der Downingstreet vorsprachen, dem britischen Premierminister ein Schriftstück mit der deutschen Antwort auf die französisch-belgischen Vorschläge hinsichtlich der Frage der Räumung des Ruhrgebietes übergaben. Über den Inhalt des Schreibens ist nichts bekannt geworden. Es verlautet, daß die Antwort von beträchtlicher Länge ist.

Paris, 16. Aug. Nach dem Londoner Sonderberichterstatter des „Reit Parisien“ soll die deutsche Delegation gestern abend den französisch-belgischen Räumungsplan mit folgenden Vorbehalten angenommen haben:
1. daß von der Rheinlandskommission in Zukunft die ihr durch den Friedensvertrag verliehenen Vollmachten nicht ausgenutzt werden;
2. daß die Häfen und Eisenbahnknotenpunkte von Mannheim, Karlsruhe, Offenburg, Wesel und Emmerich sofort geräumt werden und
3. daß zwischen den beteiligten Regierungen ein Schriftwechsel stattfindet, bei dem die Franzosen und Belgier in einem besonderen Dokument ihre Formel über die Räumung des Ruhrgebietes fixieren und zu dem die Deutschen ihre Zustimmung geben. Doch soll diese Zustimmung keinerlei Zugeständnisse hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung von deutscher Seite einschließen.

Ein Beschluß der Reichsregierung in Berlin
Ein Ministerrat unter Vorsitz des Reichspräsidenten hat sich in zweitägigen Beratungen mit der Londoner Konferenz beschäftigt. Im Anschluß daran unterrichtete Vizekanzler Jorres die Parteiführer über den Stand der Dinge und die Auffassung der Reichsregierung. Nach Privatmeldungen ist der deutschen Delegation in London auf Grund eines Freitagvormittag gefaßten Beschlusses der Reichsregierung Ermächti-

gung gegeben worden, auf der Grundlage der von der Gegenseite abgegebenen Erklärungen sich für einen positiven Abschluß der Londoner Verhandlungen einzusetzen.

Im Reichstagsauschuß für die besetzten Gebiete brachten die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Kamm, Dr. v. Deyander, Koch und Köhne folgenden schleunigen Antrag ein: „Im Interesse der besetzten Gebiete fordert der Ausschuß, daß die Reichsregierung einem Anspruchs der Gegner, das sogenannte Sanktionsgebiet erst in Jahresfrist zu räumen, ein unbedingtes Nein entgegensetzt.“

Heute abend Vollziehung
Paris, 16. Aug. Der Sonderberichterstatter von Gahbas meldet aus London, daß heute vormittag 10 1/2 Uhr eine Zusammenkunft der alliierten Delegationsführer und um 11 Uhr eine Zusammenkunft der französischen, belgischen und deutschen Delegierten stattfinden wird, um verschiedene hochstrittige Fragen zu besprechen. Für 3 Uhr nachmittags ist eine Konferenz der Großen 14 angesetzt und um 11 Uhr abends soll eine Vollziehung der Konferenz stattfinden, in der dann die Unterschriften unter das Schlußprotokoll erfolgen würden. Sollten sich im Laufe des Tages noch Schwierigkeiten ergeben, so würde die Schlußsitzung der Konferenz erst am Montag stattfinden.

Goodbye zur Londoner Konferenz
Washington, 16. Aug. (Funknachricht). In einer Ansprache, in der Goodbye seine Nomination zum Präsidentschaftskandidaten annahm, erklärte er unter Hinweis auf die Teilnahme Kelloggs und Logans an der Londoner Konferenz, daß Amerika während des ganzen Ganges der Ereignisse überall helfend eingreife. Falls die europäischen Mächte den Dawesplan annehmen, würden die amerikanischen Bürgen dem Deutschen Reich eine private Anleihe gewähren. Die interessierten Regierungen sollten deshalb nicht zögern, die für die Sicherheit der Anleihe nötigen Konzessionen zu machen, denn eine solche Maßnahme würde durch die Stabilisierung Europas auch das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten fördern. Wenn der Reparationsplan in Kraft gesetzt sei, so sei die Zeit gekommen, um den Großmächten eine neue Konferenz zur weiteren Einschränkung der Rüstungen und zur Ausarbeitung von Plänen für die Kodifizierung des Völkerrechts vorzuschlagen.

Die Haltung des amerikanischen Beobachters
Paris, 16. Aug. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in London weiß zu berichten, daß der offizielle amerikanische Beobachter Oberst Logan der deutschen Delegation einen persönlichen Besuch abstattete und ihr offen zum Ausdruck gebracht hat, daß Amerika Deutschland für ein eventuelles Scheitern der Konferenz verantwortlich machen werde. Die übrigen Delegierten müßten seiner Ansicht nach den Deutschen einmütig zustimmen, daß sie diese Vorschläge annehmen müßten. Der amerikanische Botschafter Kellogg habe, so fügt das Blatt hinzu, selbstverständlich nicht im Namen der amerikanischen Regierung gesprochen, aber sein moralisches und persönliches Ansehen sei so groß, daß seine Worte großen Eindruck gemacht hätten. Auf diese Weise sei dann die Stellungnahme der Alliierten zustande gekommen.

Englische Kritik an Macdonald
London, 16. Aug. „Westminster Gazette“ schreibt, falls die Ruhrbesetzung noch ein weiteres Jahr dauern sollte, sei es schwer, dem Wunsch zu widerstehen, daß die Konferenz in den letzten Tagen liegen möge. Macdonald hätte diese Entwicklung niemals zulassen dürfen. Er mache neuerlich den Fehler, den Ansehen aufkommen zu lassen, daß er abseits dieser äußerst wichtigen Frage stehe. Man könne sich nicht vorstellen, daß die Bankiers die Anleihe zeichnen, wenn Frankreich weiterhin einen Teil des Herzens des industriellen Deutschlands auf Gnade und Ungnade ausgeliefert werden solle.

Politische Neuigkeiten

Der Reichstagsauschuß für die besetzten Gebiete
hat am Freitag die Frage der Abänderung der Verordnungs-vorschriften für die Rückkehrer beraten. Reichsminister Höfle erklärte, daß das Reichsfinanzministerium vor Ausgang der Londoner Verhandlung keine endgültige Stellung nehmen könne. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach die zurückgekehrten Privatpersonen, soweit sie noch keine Beschäftigung gefunden haben, eine Übergangsbetreuung auf 6 Monate erhalten sollen und zwar die Bezüge wie bisher. Nach Ablauf dieser Frist tritt anstelle der Betreuung eine Abfindung. Wie Höfle weiter erklärte, sollen die zurückkehrenden Arbeiter und Angestellten der Eisenbahn ebenso wie die zurückkehrenden Privatpersonen behandelt werden. Weiter beschloß der Ausschuß, die Reichsregierung zu ersuchen, mit Rücksicht auf die verspätete Zulassung der Steuererhebungen in besetzten Gebiet und die dadurch verursachte Häufung der Steuerfälligkeiten die Finanzämter anzuweisen, auf begründeten Antrag hin weitgehende Stundungen zu gewähren. — Der Vorsitzende teilte mit, daß für die durch die Separatisten im besetzten Gebiet verursachten Schäden ein ergänzendes Entschädigungsverfahren besteht.

Deutscher Kolonialkongress 1924. Am 17. und 18. September 1924 findet in der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin ein Deutscher Kolonialkongress statt.

Eine kommunistische Terror-Organisation aufgedeckt

Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten von Gelsenkirchen hat die dortige Polizei eine Organisation von kommunistischen Terror- und Sabotagegruppen, die bereits im April festgestellt worden war, aufgedeckt. Es gelang auch, den Leiter der Organisation festzunehmen. Es befinden sich nunmehr fünf Mitglieder in Haft. Der Terrorgruppe hatte von der Parteileitung Anweisung erhalten, neben Befreiung von Polizeibeamten bei den kommenden Wirtschaftskämpfen die Lebensanlagen durch Sabotage zum Stillstand zu bringen. Die Mitglieder der Gruppe versuchten dann auch, den Betrieb mehrerer Sechen dadurch zu stören, daß sie beladene Förderwagen in den Schacht warfen. Drei Mitglieder der Terrorgruppe sind noch flüchtig. Sie sind von der Berliner Zentrale der KPD nach der Kischew-Sabotage abgehoben worden.

Die „spezifisch großpolnische Psyche“

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Die Sucht der polnischen Verwaltungsbehörden in den ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen, die deutschen Ansiedler zu dramatisieren, hat bekanntlich dazu geführt, daß die polnische Vertragstreue im Süden der Staatsangehörigkeitsfrage aufs äußerste bloßgestellt wurde. Es handelt sich hier um das bekannte Versprechen, das der Delegierte der polnischen Regierung, Stojanowski, am 14. März d. J. im Völkerverbund abgegeben hat: Polen betrachte es als seine moralische Pflicht, seine Tatsachen zu schaffen, die im Zusammenhange mit dem Schicksal derjenigen Deutschen stünden, deren Staatsangehörigkeit bisher noch nicht geklärt worden sei. Unbestimmt um dieses Versprechen, haben die großpolnischen Verwaltungsorgane mit der Liquidierung deutschen Grundbesitzes und mit der Ausweisung Deutscher fortgefahren. Da der Völkerverbund an einer derartigen Tatsache nicht vorübergehen konnte, ist wenigstens von dem Warschauer „Kurjer Poleski“ das Verfahren der beteiligten großpolnischen Beamten u. a. mit folgenden Ausführungen getrandamort worden:

„Die ganze Mentalität unserer großpolnischen Verwaltungsbehörden, eine Mentalität, der wir eine lange Reihe von Niederlagen in Genf und Haag verdanken, wird vielleicht am besten durch die folgende streng authentische Episode aus der amtlichen Tätigkeit eines dortigen, zum Glück jetzt schon „reduzierten“ Wojewoden gekennzeichnet. Die Verwaltungsbehörde verweigert einem Deutschen in beiden Instanzen die Anerkennung des polnischen Bürgerrechts. Der Deutsche reicht beim Verwaltungstribunal in Warschau eine Klage ein. Der Wojewode wies ihn aus Polen aus, wogegen er formell berechtigt war. Aber darin liegt nicht die Pointe der Geschichte, sondern in dem Bericht, den er dazu dem Ministerium einreichte. In Anbetracht der gefährlichen Wahrscheinlichkeit, daß das Verwaltungstribunal das Urteil beider Lokalinstanzen zu verwerfen gezwungen sein werde, mußte man sich mit der Ausweisung praktisch begnügen. Das heißt, daß jene Urteile des Starostas und Wojewodas offensichtlich rechtswidrig waren, und nach den sittlichen Verwaltungsansparungen des Herrn Wojewoden die „Gefahr“ in der Möglichkeit lag, daß diese Rechtsbeugung unausgeführt bleiben könnte.“

Das Kalale für unsere Grenzlandwundenträger dieser Geistesverfassung ist, daß man in dem NachkriegsEuropa nicht nur in Genf, sondern auch überall sonst kein Verständnis für diese spezifisch großpolnische Psyche besitzt. — daß durch die durch den Krieg hervorgerufene Erschütterung in der Denkweise unsere Westgebiete sich erst tatsächlich zu jenem piccolo mondo antico entwickelt haben, über den vor einigen Jahren ein scharfer Beobachter des dortigen Lebens schrieb: Sie wurden zu einer vom Meer der Dürftigkeit umwogenen Insel. — vielleicht nicht eine Insel der Seligen, aber auf jeden Fall eine Insel ungeheuer mit sich selbst Zufriedener, was ja bekanntlich schon die halbe Seligkeit ausmacht.“

Anstatt in sich zu gehen, ist die „spezifisch großpolnische Psyche“ wegen der Kennzeichnung, welche sie durch den „Kurjer Poleski“ erfahren hat, ins Kochen geraten. „Einen Artikel, der in einem so unerschämten Tempo gehalten ist und einen ganzen Landesteil Polens verunglimpft, haben wir schon lange nicht gelesen.“ — So wertet der „Kurjer Poleski“ und führt das nach der Natur gemalte Bild, das der „Kurjer Poleski“ von der „spezifisch großpolnischen Psyche“ gemalt hat, zurück auf jüdische Mache zurück. Daß der „Kurjer Poleski“ dem polnischen Delegierten beim Völkerverbund, Herrn Alexander Stojanowski, nahesteht ist dem „Kurjer Poleski“ offenbar vollkommen gleichgültig. Das genannte großpolnische Blatt ist sich bei der Methode, eine sachliche nur all zu begründete Vorhaltung mit antisemitischen Schimpferelen zu beantworten, nicht bewußt gewesen, welchen Beitrag es damit seinerseits zur Charakteristik der „spezifisch großpolnischen Psyche“ beigesteuert hat.

Die Elektrifizierungsarbeiten auf der Lauerbahn sollen infolge der Verschlechterung der Budgetlage Österreichs eingestellt werden.

Städt. Konzerthaus, Karlsruhe

„Der Fürst von Rappenheim“. Operette von Franz Arnold und Ernst Bach. Musik von Hugo Strakosky. Es sind nicht nur die üblichen bekannten schmalzigen Gesangsnummern, die vornehmlich auch dieser neuen Operette die sehr freundliche Aufnahme auf der Konzerthausbühne sichern, sondern auch die recht amüsante, humorgewürzte Handlung trägt ihr Teil dazu bei. „Dandlung“ ist zuviel gesagt. Eigentlich ist es nur eine Reihenfolge recht verrückter Einfälle — witzig und — einschlagend, wie die fortgesetzten Heiterkeitsausbrüche bestätigen. Wenn aber dazu als eigentlicher Clou noch eine prächtige und wahrhaftige „Robeschau“ (von Karlsruher Firmen) kommt, die mit Recht die staunende Bewunderung der Damenwelt, und nicht nur der Damenwelt, hervorruft, kann der Erfolg des Abends außer Zweifel stehen. Fritz Steidl als unverwundlicher, in allen Saiteln gerechter Reisender Egon Fürst von Rappenheim (daher „Fürst von Rappenheim“), zweifellos der beliebteste Darsteller, erntete wie immer Stürme von Beifall. Der blasierte Prinz und sein Adjutant wurde von Fritz Melchior und Josef Siebmann vorzüglich dargestellt. Der alte Nougé Katschloff, der von seiner jungen Frau fortgesetzt genaschert wird, ist eine gute Leistung Walter Straßers. Auch Georg Patriot als Doktor war, wie immer, gesanglich recht gut; dochhellereich steifer er noch mehr aus sich herausgehen. Die Damen Edith Steffter als Prinzessin und jugendlicher Rannequin, Karin Helm, die vielgeübte Diplomatenfrau mit stark polyandrischen Neigungen, leisteten in Spiel, Gesang und Tanz sehr Beachtenswertes und wurden mit ihren Partnern vielfach gerufen. Rita Prinz als vielersahrene, von frühem Gönnern nunmehr wohlversorgte Geschäftsinhaberin, machte aus ihrer Rolle, was zu machen war. Die Inszenierung von Direktor Steffter erntete viel Anerkennung, nicht minder die sichere musikalische Leitung von Kapellmeister Eugen Müll — alles in allem ein Erfolg. ow.

Kurze Nachrichten

Die Reichsbezugssätze für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung) beläuft sich nach der Feststellung des statistischen Reichsamtes für Mittwoch, den 13. August, wie in der Vorwoche auf das 1,4 Millionenfache der Vorkriegszeit.

Der deutsch-amerikanische Alkohol-Vertrag. Die Ratifikationsurkunden des deutsch-amerikanischen Vertrages vom 19. Mai über die Regelung des Verkehrs mit alkoholischen Getränken sind am 11. August in Washington ausgetauscht worden.

Die Reichsfremdensteuer. Der Bund Deutscher Verkehrsvereine (Sitz Magdeburg) hat an das Reichsfinanzministerium das Ersuchen gerichtet, baldigst an die Aufhebung der Reichsfremdensteuer, die 10 Prozent des Wohnpreises beträgt, heranzutreten.

Die Nationalsozialisten. Unter Teilnahme Ludendorffs begann in Weimar eine großdeutsche nationalsozialistische Tagung.

Suche nach den Erzbergermördern. Auf Grund der Mittermeldungen leitete die Polizeibehörde in Budapest und Umgebung eine Untersuchung gegen die angeblichen Mörder Erzbergers ein. In Budapest bei Budapest wurde ein Mann deutscher Nationalität verhaftet, der sich nicht genügend legitimieren konnte. Er wurde der Staatsanwaltschaft übergeben.

England für Erweiterung des Völkerverbundes. Nach Mittermeldungen aus Genf soll Großbritannien die Absicht haben, der Völkerverbundsverammlung im September eine Vermehrung der ständigen und nichtständigen Mitglieder des Völkerverbundes vorzuschlagen. Es sei dabei an einen etwaigen späteren Eintritt neuer Staaten in den Völkerverbund gedacht.

Der Streik in Ostpreußen abgebrochen. Ein allgemeiner Betriebsstreik der Gewerkschaften aller Richtungen in Ostpreußen nahm den Spruch des Schiedsgerichts vom 14. August mit großer Stimmeneinheit an. Demzufolge wurde beschlossen, daß die Arbeit auf der ganzen Linie am Montag wieder aufgenommen wird.

Über neue Kämpfe in Ostpreußen wird berichtet, bei denen die Spanier 44 Tote und Verwundete hatten.

Die Lage im Sudan. Wie aus Kairo gemeldet wird sind die militärischen Verstärkungen im Sudan eingetroffen. Die Lage ist dort wieder ruhig.

Aufstand in Afghanistan. Die russische Telegraphenagentur meldet, daß in Afghanistan plötzlich ein neuer harter Aufstand gegen den Emir und seine Reformpolitik ausgebrochen sei, der insgeheim von englischen Agenten geschürt werde. Diese verfolgen die Aufständischen mit Geld und Waffen. Die Aufständischen stellen einen neuen Kommandanten, Abdul Teim, auf, der sein ganzes Leben in englischem Solde verbrachte.

Badischer Teil

Die Alarmierung der Polizei

Von Oberregierungsrat Dr. B. A. R., Karlsruhe

Es soll hier nicht gesprochen werden von der Alarmierung der Polizei für Fälle des großen Einbruchs; diese Alarmierung vollzieht sich nach vorher festgelegten bestimmten Methoden und ohne Mitwirkung des Publikums. Daneben aber bestehen zahlreich jene Fälle, wo das Publikum und der Einzelne genötigt sind, rasch Polizei zur Hilfe zu rufen. Das Problem dieser Alarmierung ist alt und auch viel in der Öffentlichkeit behandelt worden; immer wieder hört man die Bemerkung: „die Polizei sei gerade dann nicht da, wenn man sie brauche“. Neu ist jedoch, daß man dieser Frage allmählich auch in Deutschland zu Leibe geht mit gewissen technischen und teilweise im Ausland schon erprobten Methoden, deren wichtigste im folgenden kurz skizziert werden sollen.

Es ist naturgemäß, daß für die Voraussetzungen für die Erfüllung des Hilferufs nach Polizei anders liegen in der Stadt und anders auf dem Lande. In der Stadt sorgt in erster Linie der Streifen- und Postendienst für den polizeilichen Schutz. Den Streifen dienst so dicht zu machen, daß er den Wünschen und besonderen Interessen jedes einzelnen Bürgers entspricht, ist unmöglich. Es muß dem Geschick und der polizeilichen Erfahrung der Polizeivorgesetzten, insbesondere des technischen Leiters des Aufendienstes, überlassen bleiben, Posten und Streifen stets so zu legen, wie es dem Bedürfnis des Verkehrs und den besonderen Fahrdungsnachrichten und Fahrdungsergebnissen des Bezirks entspricht. Dabei bleibt unermesslich die Möglichkeit offen, die Polizei rufen zu müssen,

wenn sie nicht da ist und wenn sie da sein sollte. Dies hat unter Benützung der Telefonanschlüsse zu den sogenannten „Notrufeinrichtungen“ geführt, die jetzt wohl schon in allen größeren Städten — auch in Baden in den größeren Orten mit Staatspolizei — bestehen und bei denen auf Grund besonderer Vereinbarung zwischen Post und Polizei die rascheste Übermittlung eines telephonischen Hilferufs sichergestellt ist. Eine Verfeinerung und Verbesserung des Notrufs liegt jedoch vor, wenn gewissermaßen der Einbrecher selbst die Polizei von seiner Tat benachrichtigt. Dies geschieht in der Weise, daß eine mechanische oder elektrische Sicherungseinrichtung automatisch mit einer Notrufmeldeeinrichtung verbunden wird, so daß der Alarm die Polizei selbsttätig auslöst. Derartige Einrichtungen sind in Deutschland wohl zuerst von der Hanseatischen Notruf A.G. 1921 in Hamburg geschaffen worden und finden jetzt allmählich auch in anderen Städten Eingang. Eine ähnliche Einrichtung bilden die von der Firma Siemens & Halske A.G. zunächst im Ausland und nun auch in Berlin ausgeführten „Polizeimeister“, die nach Art der öffentlichen Feuermelder an Straßen und Plätzen öffentlich angebracht werden und das Herantreten der Polizei bezw. der polizeilichen Bekämpfung gestatten. Auch diese Melder können und sind im Ausland in erheblichem Umfang schon dem Publikum zur Verfügung gestellt worden. Dabei hat das Ausland im Gegensatz zu der Anordnung in Berlin insbesondere Wert darauf gelegt, die mit der Ausbehnung der Stadt entstehenden Außenbezirke mit dazugehörigen Einrichtungen zu versehen, zugleich auch um an Beamten zu sparen.

Auf dem Land, d. h. zwischen den einzelnen Orten, polizeilichen Schutz zu gewähren, ist Aufgabe der Gendarmerie. Hier wird dieser Schutz zunächst gewährleistet durch ein den polizeilichen Bedürfnissen sich anpassendes Netz von Gendarmeriestationen und durch den zwischen den Stationen über Land eingerichteten Streifen dienst der Gendarmerie. Auch hier werden die Streifen wechsellnd von den Gendarmerievorgesetzten so gelegt, wie es den nach der Erfahrung (Fahndung) zu stellenden Anforderungen entspricht. Aber auch hier bleiben notwendig Lücken, die wenigstens teilweise mechanisch ausgefüllt werden können. Hierzu dient ein gut ausgestattetes und ein rasches Anrufen der wichtigsten Gendarmeriestationen gestattendes Telephonnetz. Durch Ausdehnung des sogenannten Unfallmeldebetriebes und Vorsehung auch eines sogenannten beschränkten Unfallmeldebetriebes für möglichst viele Gendarmeriestationen sind hier, soweit dies finanziell vertretbar war, in letzter Zeit auch in Baden wertvolle technische Verbesserungen erreicht worden. Ein weiteres technisches Hilfsmittel zur Verstärkung der Wirksamkeit des Streifen dienstes der Gendarmerie liegt in der gesteigerten Ausstattung dieser Beamten mit Schußwaffen, deren reibende Tätigkeit gerade in unübersehbarem Gelände und bei Nacht besonders zur Geltung kommt.

Zur Ausfüllung der trotzdem noch verbleibenden Lücken des Sicherheitsdienstes werden aber gerade auf dem Lande in G auch jene mechanischen Sicherungsmittel für Haus und Hof ihre besondere Bedeutung gewinnen, die die sogenannte Sicherungsindustrie in immer verbesserter Form hergestell und die bei Einbruch und Diebstahl alarmierend und schützend wirken sollen.

Hat der Hilferuf die Polizei erreicht, so gilt es, möglichst rasch den Tatort zu erreichen. Auch hier muß die Polizei, wo größere Entfernungen zurückzulegen sind, sich mechanischen Hilfsmittel bedienen. Auf dem Lande, d. h. für die Gendarmerie, wird das im allgemeinen das Fahrrad sein, sofern nicht die besondere Dringlichkeit des Falles oder die Bedeutung des Anlasses auch die Verwendung eines Kraftwagens (Kraftwagen) geboten erscheinen läßt. Für den Hilferuf in der Stadt kommen besondere Kommandos in Frage, die bei den größeren Polizeien auch in Baden auf Kraftwagen an den Ort der Tat eilen. Dabei sind gegenüber der Bedeutung des Schutzes Gefahr und Kosten eines falschen Alarms weniger ins Gewicht fallend, als man wohl denken mag. Der Notruf-Kraftwagen der Polizei nimmt in den Überfallkommandos besonders ausgerüstete und besonders ausgewählte Beamte mit, die in der Lage sind, den ersten Angriff zu betätigen. Soll aber ein sogenanntes Überfallkommando seinen Zweck ganz erfüllen, so

Neu hinzu tritt die Beteiligung an den Kammer spiel-Aufführungen des Landestheaters, die nunmehr unter weitläufigeren räumlichen Verhältnissen stattfinden werden. Organisatorisch tritt infolge einer Änderung ein, als an die Stelle der Zahlung der einzelnen Vorstellungen 10 Monatsbeiträge treten. Den dadurch entstandenen Mißverhältnissen gegenüber muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß der Vorstellungspreis nach wie vor nur 2,50 Mark beträgt.

Das Graphitwerk von Hans Thoma. Der Verkehrsverein Karlsruhe wird der Herbstwoche dieses Jahres durch die Ausstellung des gesamten Graphitwerkes von Hans Thoma eine besondere künstlerische Note geben. Als Ausstellungslokal hat das Finanzministerium die Räume der Orangerie an der Hans-Thoma-Straße freundlichst zur Verfügung gestellt. In dieser Veranstaltung, die zu Ehren des in die Herbstwoche folgenden 85. Geburtstages des Meisters gedacht ist, beteiligt sich auch die Stadtgemeinde Karlsruhe durch Einrichtung der Räume zu dieser erstmaligen, das ganze große Werk der Graphit umfassenden Darbietung.

Städt. Konzerthaus. Aus dem Theaterbüro wird uns geschrieben: Heute Samstag und täglich gelangt die mit großem Beifall aufgenommene Operette „Der Fürst von Rappenheim“ zur Aufführung. Es bleibt die genannte Operette bis incl. Dienstag auf dem Spielplan. Infolge anderer Dispositionen können die vorgesehenen Operetten „Familie Raffle“ und „Mädi“ nur je einmal wiederholt werden. Am Mittwoch gelangt „Familie Raffle“ zur Uraufführung, während am Donnerstag „Mädi“ gegeben wird. Freitag den 22. August ist die Uraufführung der Operette „Süßes tanzt Walzer“ von Leo Ascher. — Die jährliche Spielzeit schließt Sonntag den 31. Aug.

Theatergemeinde des V.V.V. Karlsruhe. Mit Beginn der neuen Spielzeit tritt — so wird uns geschrieben — die Theatergemeinde des V.V.V. in das 4. Jahr ihres Bestehens ein. Trotz der Urlaubs- und Ferienzeit, während der übrigens täglich in der Geschäftsstelle Anmeldungen entgegengenommen werden, sind täglich Einzeichnungen erfolgt. Es gibt die Zahl der Einzeichnungen für das kommende Spieljahr erneut zu erkennen, daß sich die Theatergemeinde einen festen Stamm von Mitgliedern gewonnen hat, die der bewährten Einrichtung treue Gefolgschaft leisten. Verbürgt doch die Zugehörigkeit zur Theatergemeinde den günstigsten Besuch der Vorstellungen des Landestheaters auf guten Plätzen. Dazu kommt, daß die Theatergemeinde auch außerhalb des Besuchs der Landestheater vorstellungen wertvolle künstlerische Veranstaltungen bietet. So wurden im letzten Spieljahr von der Theatergemeinde neben den auch außerhalb Karlsruhes erfolgreichen Aufführungen von Weismantels „Totentanz“ unter Felix Baumhachs Regie allein drei große Konzerte zustandegebracht, die Werner Hilow, Erich Kleiber und Otto Klemperer am Pult sahen. Außerdem hatten die Mitglieder Gelegenheit, die Sinfoniekonzerte des Landestheaters zu besuchen. Im übrigen nahm die Theatergemeinde u. a. an folgenden Aufführungen im Landestheater teil: in der Oper: Cyprian, Messias, Tannhäuser, Tristan und Isolde, Lohengrin, Freischütz, Fidelio, Don Juan, Carmen, Eugen Onegin, Katerina, Ariadne, Salome, Rosenkavalier, Josephslegende, Elektra; in der Operette: Bettelstudent, Zigeunerbaron, Nidermaus. Im Schauspiel: Götz von Berlichingen, Herodes und Marianna, der Widerspenstigen Zähmung, der Prinz von Homburg, Nebeneinander, Orestie, das Rachehaus, die Jungfrau von Orleans, der Teufelschüler, das Kästchen von Heilbrunn u. a. In der neuen Spielzeit wird die von lebhafter Zustimmung begleitete Linie der selbigen Kulturarbeit weitergeführt.

wird das zu gelten haben, was beispielsweise in der Dienstleistung für das Überfallkommando Frankfurt am Main wie folgt ausgedrückt ist: „Das Überfallkommando hat nur Wert, wenn jeder Beteiligte überzeugt ist, daß es für einen erfolgreichen Einsatz des Überfallkommandos darauf ankommt, Freigabe von Minuten zu sparen.“

Zur Tagung des Vereins für Schifffahrt auf dem Oberrhein

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: In den badischen Zeitungen tauchen immer wieder Artikel auf, die sich das eine Mal mit der Donauverfälschung, dann wieder mit den Oberrheinwasserkräften beschäftigen. Diese Artikel gehen vielfach von falschen Voraussetzungen und von Vermutungen aus, manchmal sind sie auch von Interessenten diktiert und dann geeignet, Schaden anzurichten.

So hat vor einiger Zeit der „Karlsruher Lokalanzeiger“ einen Artikel gebracht unter der Überschrift „Baden an der Seite Frankreichs gegen die Schweiz“. Der Artikel ist ein in tendenziöser Weise entstellter Bericht über die Tagung des Vereins für Schifffahrt auf dem Oberrhein. Es wird so dargestellt, als wären auf dieser Tagung Schweizer und Badener einander als Gegner gegenüber gestanden, als hätte Baden in der Schifffahrt des Rheins von Straßburg bis Basel sich auf Seite Frankreichs gestellt, und die Schweizer würden nun drohen, Baden Schwierigkeiten zu machen beim Ausbau der Wasserkräfte zwischen Basel und dem Bodensee.

Wer an dem Kongress teilgenommen hat, wird von diesen Dingen nichts bemerkt haben. Von der badischen Wasser- und Straßenbauverwaltung wird gegenwärtig auf Wunsch und Auftrag der Schweizerischen Regierung ein Projekt bearbeitet, das die Regulierung des Rheins von Straßburg bis Rembs zum Ziele hat. Die Verhandlungen über die Erstellung von Kraftwerken und die Schifffahrt des Rheins von Basel bis zum Bodensee, ebenso die Vorarbeiten hierzu sind zwischen Baden und der Schweiz im besten Gange, und es stehen für die drei Kraftwerke, die zunächst erstellt werden sollen, die Verhandlungen unmittelbar vor dem Abschluß. Von einer Gegnerschaft zwischen der Schweiz und Baden kann also gar keine Rede sein, und man kann eine Überschrift wie die im „Lokalanzeiger“ Baden auf der Seite Frankreichs gegen die Schweiz nur auf politische Voreingenommenheit gegenüber der badischen Regierung zurückführen.

Zeitungen, die derartige Leistungen vollbringen, zeigen auch, daß sie stark mit der Gedankenlosigkeit des Publikums rechnen; denn wenige Wochen zuvor ging durch die Presse die Nachricht über die „harmonisch“ verlaufene Tagung der Schifffahrtsinteressenten in Basel und wenige Tage zuvor die Nachricht über die ebenfalls harmonisch verlaufene Tagung der gleichen Kreise aus den Bodenseufesttagen, in Lindau. Wenn solche Zeitungen schon glauben, sie müßten in Oppositionstellung zur Regierung stehen, dann sollte ihr politisches Bewußtsein ihnen doch verbieten, derartige Artikel, die große Schwierigkeiten für Baden im Gefolge haben können, zu veröffentlichen. Wer über die Rheinfragen, die das Gebiet zwischen Straßburg und Basel betreffen schreiben will, sollte auch wissen, was in dem Friedensdiktat von Versailles über diesen Punkt enthalten ist.

Unerlaubte Auspielung

Das sog. Schneeballenystem

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Nachdem bereits früher auf die Strafbarkeit der Preisräuberei hingewiesen wurde, muß neuerdings auf eine weitere Erscheinungsform der unerlaubten Auspielung aufmerksam gemacht werden. In der Tagespresse sind in letzter Zeit Warenanpreisungen von Geschäften zu beobachten, die sich zur wirksamen Propagierung ihres Unternehmens des sogenannten „Schneeballen-“ oder „Hydrasystems“ bedienen. Das System besteht darin, daß der Käufer eines Gutes die Ware zu einem Bruchteil des normalen Verkaufspreises der ganz umsonst erhält, sobald er durch den Betrieb einer bestimmten Anzahl von Gutscheinen bei der Erweiterung des Kundenkreises mitgewirkt hat. Auch das Schneeballen- oder Hydrasystem fällt unter den Begriff der unerlaubten Auspielung. Die Bezirksämter und Staatsanwaltschaften sind daher angewiesen, auch diese Machenschaften eines ungesunden Geschäftsbetriebens zu bekämpfen.

Protest der badischen Winzer

In der Wochenzeitschrift „Der badische Bauer“ des badischen Bauernvereins werden die badischen Winzer zu Protestversammlungen und Protestdemonstrationen gegen das deutsch-spanische Handelsabkommen, das dem Reichstag noch zur Ratifizierung vorgelegt werden muß, aufgerufen. Es wird in dem Aufruf betont, daß der deutsche Weinbau, insofern es sich nicht um anerkannte Qualitätsweine handelt, durch die Abkommen in seiner Existenz aufs Schwerste bedroht wird.

Aus der Landeshauptstadt

Kraftwagenverkehr im Wildpark. Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: In einem hiesigen Blatte beschwerten sich kürzlich die Besitzer von Karameterautos, daß die Wege zu den Sportplätzen im Kardinal- und Wildpark für Kraftfahrzeuge gesperrt sind. Den Wünschen der Karameterinhaber dürften jedoch die weit mehr berechtigten Wünsche der gesamten Einwohnerschaft Karlsruhes entgegenstehen, welche begehrt, daß der Kardinal- und Wildpark als allgemein beliebtes Ziel für Spaziergänger von den durch den Verkehr mit Kraftfahrzeugen entstehenden Belästigungen freibleibt. Eine allgemeine Freigabe der Waldwege einschließlich des Abweges kann deshalb nicht erfolgen. Jedoch wird bei größeren sportlichen Veranstaltungen den Besitzern von Karameterautos die Erlaubnis zum Verkehr mit Kraftfahrzeugen auf ganz bestimmten Wegen unter der Voraussetzung erteilt werden, daß eine vom zuständigen Forstamt genau vorgeschriebene Fahr- geschwindigkeit einzuhalten und eine von der Forstverwaltung des Finanzministeriums festgesetzte Anerkennungsgeldgebühr zu bezahlen ist.

Erziehung zur Straßen-Disziplin. Im Hinblick auf die sich infolge des gesteigerten Straßen-Verkehrs mehrenden Verkehrs-Störungen und Unglücksfälle gibt der badische Automobil-Club ein Flugblatt heraus in der Absicht, damit die dringend nötige Erziehung zur Straßen-Disziplin zu unterstützen. In dem Flugblatt heißt es: „Der gesteigerte Verkehr erfordert — Straßen-Disziplin! Kraftfahrer! Nehmt Rücksicht auf Mensch und Tier! Fahret geräuschlos! Öffnet Auspuffklappe nur bei Motorhöchstleistung! Biegt nach dem Überholen nicht zu früh nach rechts ein! Fuhrleute! Denkt an den gesteigerten Verkehr! Vertraut Kindern, Schwerhörigen und des Fahrens Unkundigen kein Fuhrwerk an! Springt nicht kurz vor Begegnung mit einem Kraftfahrzeug ab! Gebt Zeichen, wenn Jäger leicht scheuen! Beleuchtet Euer Fahrzeug bei Einbruch der Dunkelheit! Radfahrer! Immer rechts fahren! Das Überqueren der Straße kurz vor einem Kraftfahrzeug bringt Rad- und Kraftfahrer in Lebensgefahr! Beleuchtung nicht vergessen! Fußgänger! Benützt den Gehweg oder die rechte Straßenseite! Denkt beim Überqueren der Straße an die Geschwindigkeit der Kraftfahrzeuge! Verbietaet den Kindern mit Gegenständen nach einem Kraftfahrzeug zu werfen!“

Veritene Polizeibeamte. Der immer mehr anwachsende Verkehr der Stadt hat jetzt dazu geführt, auch in Karlsruhe veritene Polizeibeamte einzustellen.

Frankische Deferteure, die hier interniert waren, sind gestern vormittag unter polizeilicher Begleitung nach Konstanz abgeführt worden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Von den badischen Hochschulen. Im Alter von 60 Jahren ist der frühere Direktor der chirurgischen Klinik der Universität Heidelberg, Geh. Hofrat Professor Dr. Albert Karath gestorben. Er war Doktor der „Deutschen Zeitschrift für Chirurgie“. Sein Spezialgebiet war Bauchchirurgie.

Ein Verkehrsverein Offenburg wurde Donnerstag abend nach einem Referat des städtischen Verkehrsleiters Dufner-Freiburg unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung und der Interessententeile gegründet. Verkehrsleiter Dufner gab in einem Vortrag ein allgemeines Bild über die Interessen und die wirtschaftliche Wirkung eines Verkehrsvereins und einige Beispiele aus seiner Freiburger Tätigkeit, die auch für Offenburg von Wert sein können. Als erster Vorsitzender des Offenburg Verkehrsvereins wurde der im badischen Verkehrsleben bekannte Stadtrat Mosch gewählt.

DZ. Heidelberg, 15. Aug. Fernbeben. Gestern abend verzeichnete der Apparat der Königshafenwarte ein mittelstarkes Fernbeben. Der erste Einschlag erfolgte um 7 Uhr 15,23 Min. Die stärksten Stöße trafen um 7 Uhr 55,07 Min. ein. Die Bewegung erstreckte sich über 1600 Kilometer. Die Entfernung des Herdes betrug 10 000 Kilometer.

DZ. Heidelberg, 15. Aug. Der Radar führt seit gestern infolge der starken Wolkenlagen in Würtemberg einen ziemlich hohen Wasserstand, doch ist Hochwasser nicht zu befürchten.

DZ. Tauberbischofsheim, 15. Aug. Der Wasserstand der Tauber ist durch den starken Regen, insbesondere durch einen Rollenbruch bei Freudenloch ganz erheblich gestiegen. Die Wiesen zwischen Königshöfen und Lauda stehen größtenteils unter Wasser. Auch bei Dittelhausen und Impfingen ist das Tal überschwemmt.

DZ. Benningen am Radar, 16. Aug. Der hier wohnhafte Eisenbahnbeamte Josef Reier und seine Frau haben Blige gekriegt und sind dann schwer erkrankt. Unter fürchterlichen Schmerzen starb die Frau und etliche Stunden später auch der Mann. Die Verstorbenen, Mitte der Dreißiger, hinterließen ein dreijähriges Kind. Dieser bedauerliche Fall mahnt die Pilgerer zur größten Vorsicht.

DZ. Malsch, Amt Etlingen, 16. Aug. In der vergangenen Nacht 11 Uhr brach in dem Wohnhaus der Familie Schlapper, der Mitinhaberin der Dachpappen- und Zerpapierfabrik Schlapper, ein Brand aus, dem das ganze Wohngebäude und ein Teil des Inventars zum Opfer fielen. Der Brand erzeugte bei der Verdüsterung großes Aufsehen, zumal zwischen dem Wohngebäude und der Fabrikanlage infolge des im April ausgebrochenen Brandes, dem ein großer Teil des Fabrikgebäudes zum Opfer fiel, kein großer Zwischenraum besteht. Das Feuer konnte nach ungefähr drei Stunden von der auf dem Brandplatz sofort erschienenen Malscher freiwilligen Feuerwehr gelöscht werden. Die Familie Schlapper war während des Brandes unversehrt.

DZ. Offenburg, 15. Aug. 13 hiesige Metzgermeister, die sich vor dem Amtsgericht wegen Preistreiterei zu verantworten hatten, wurden zu je 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Den Beschlagen war zur Last gelegt worden, daß sie im Januar d. J. Schweinefleisch zum Preise von 1,60—1,20 M. und Speck zu 8 M. verkauft haben, während Schweinefleisch z. B. in Karlsruhe und Mannheim zu 1 M., 1,10 M. zu haben war und Schwarzwälder Speck zu 2,60 M. verkauft wurde. In der Urteilsbegründung wurde Fahrlässigkeit angenommen.

DZ. Vörsach, 16. Aug. In der Nacht zum Samstag wurde die Walzenmühle in Lammringen vollständig zerstört. Das ganze vierstöckige Gebäude brannte bis auf die Grundmauern ab. Dem Feuer fielen neben den Maschinen über 2000 Sack Mehl und Getreide und das ganze Magazin zum Opfer. Den Anstrengungen von fünf Feuerwehren aus der Umgebung gelang es, das Wohnhaus und das Wirtschaftsgebäude zu retten. Der durch das Feuer angerichtete Schaden geht in die Hunderttausende. Über die Entstehung des Feuers ist noch nichts sicheres bekannt, doch verlautet, daß das Feuer durch Kurzschluß entstanden ist.

Aus Mergentheim wird berichtet, daß infolge eines Rollenbruchs die Tauber Hochwasser führt. Felder und Gärten haben schwer gelitten. Die Schrebergärten sind vollständig vernichtet. In Mergentheim wurden einem Bürger 20 Raummeter Brennholz weggeschwemmt. In Wachsbad wurde an Gärten und Feldern schwerer Schaden angerichtet, ebenso in Archshofen, wo auch die Weinberge stark gelitten haben. In Aulhausen das Wasser bis zum ersten Stock der Häuser. Möbel und Einrichtungsgegenstände sind zugrunde gegangen. Verschieblich ist auch Vieh ertrunken. Aufgestapeltes Holz wurde weggeschwemmt.

Spiritus für Antriebszwecke. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Nachweisung über die Branntweinherzeugung und Branntweinverkauf im Juli 1924, sowie eine Bekanntmachung über Änderung der Branntweinverkaufspreise im Vertriebsjahre 1923/24, monats ab 16. August der allgemeine ermäßigte Verkaufspreis für Branntwein, der von der Reichsmonopolverwaltung für Antriebszwecke abgegeben wird (Wortbranntwein), 12,60 Goldmark für ein Hektoliter Weingeist beträgt.

Handel und Wirtschaft

Börsen und Märkte

Wochenchau nach dem Stande vom 14. August 1924

Geldmarkt: Die anfänglich günstigen politischen Ausichten und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Hoffnungen fanden ihren Ausdruck in einer Erleichterung des Geldmarktes. Besonders die Nachrichten von einem Umschwung in Frankreich, wo Herriot in seinem Kabinett einmütige Zustimmung in der von ihm befolgten gemäßigteren Politik fand, lösten neue Hoffnungen auf ein günstiges Ende der Londoner Konferenz und auf ein baldiges Zustimmen von ausländischem Kapital nach Deutschland aus. So sehr aber dieser Zufluß nach dem Aderlaß der Kriegs- und Inflationszeit für die deutsche Wirtschaft notwendig ist, muß man sich andererseits doch darüber klar sein, daß ihr privatwirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Nutzen ganz davon abhängt, zu welchen Bedingungen wir die Kredite erhalten und zu welchem Zweck sie verwendet werden. Zu hohe Zinsen und die Verwendung des Kapitals zu Verbrauch- statt zu Erzeugungszwecken, müßten einen verberlichen Rückschlag auf die Geldmarktlage im Inland zur Folge haben. Vorerst ist der Geldmarkt noch abwartend. Die Gelbfäße sind gleich geblieben. Tägliches Geld ist reichlich angeboten, müßt aber dem Geschäftsleben wenig.

Börse: Auch in dieser Woche warf sich die Spekulation hauptsächlich auf die festverzinslichen Anleihen und es gelang ihr, die Kurse wieder in die Höhe zu treiben. Kriegsanleihe war sogar von 700 auf über 900 Milliarden für 100 Mark Kennwert gestiegen. Die große Unternehmungslust an der Börse ist die Folge eines vielleicht zu weitgehenden Optimismus, der seinen Grund in einer unüberprüften Beurteilung der außenpolitischen Lage hat. Besonders das Ausland trat diesmal stark als Käufer auf. Die gegenwärtige Krise auf der Londoner Konferenz ließ die Kurse aber wieder zurückgehen. Auf dem Aktienmarkt standen die Montanwerte im Vordergrund des Interesses. Auch hier ist die Tendenz nach anfänglicher Festigkeit wieder abgeschwächt.

Produktenmarkt: Auf dem Produktenmarkt haben sich bei geringem Angebot die Preise im wesentlichen behauptet. Schatz gestiegen sind nur die Preise für Getreide, die sehr gefragt wird. Heu und Stroh blieben mit 5% bzw. 4% Mark pro Doppelzentner unverändert. In der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 196 (plus 43), Roggen 148 (minus 1), Sommergerste 205 (plus 25), Wintergerste 185 (plus 10), Hafer 160 (plus 5) und Mehl 28% (plus 1/2) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt: Die Textilwaren stehen immer noch sehr hoch. Bekleidung steht unter den Indizes an höchster Stelle. Nur in den dem Modewechsel unterworfenen Waren ist ein schwächerer Preisabfall festzustellen. Auf den Hauptartikeln wurden neuerdings wieder etwa 5—10 Prozent höhere Preise erzielt. Große Kaufkraft herrschte für Kalbfelle. Die Eisen- und Kohlenpreise blieben gleich. Bemerkenswert ist eine durch Geld- und Kreditnot sowie erschwerte Absatzverhältnisse bedingte Preisherabsetzung bei einem Teil der Automobilindustrie um etwa 30 Prozent. Die Lebensmittelpreise sind im allgemeinen nur leicht zurückgegangen. Die Eierpreise zogen wieder an.

Viehmarkt: An den Viehmärkten geht die Preissteigerung langsam weiter, was eine Erhöhung sämtlicher Kadefleischpreise zur Folge hatte. Für Pferde zogen die Preise ebenfalls an.

Holzmarkt: Der Holzmarkt ist nach wie vor still. Kaufschlüsse sind nur gegen erhebliche Preiszugeständnisse möglich. Allein bei Nadelstammholz ist die Nachfrage etwas belebt. Auch der Nadelpapierholzmarkt weist einiges Kaufinteresse auf.

Von der Rheinschifffahrt: Gegenüber dem Vormonat hat die Rheinschifffahrt bis Basel im Monat August einen Aufschwung erfahren. Während vom 1. bis 11. Juli 30 Rähne in Basel eintrafen, haben in der gleichen Zeit des laufenden Monats schon 40 Rähne in den beteiligten Häfen angelegt. In allen Quais herrscht Vollbetrieb, besonders stark sind die Getreideankünfte. Am 11. bis 13. August führten 16 Dampfer und Rähne mit zusammen 4518 Tonnen Berggut und Getreide Bergfahrten aus, und in der gleichen Zeit sind Talfahrten von 19 Dampfern und Rähnen mit insgesamt 997 Tonnen Talgut zu verzeichnen.

Kündigung des Ruhrkohleninduzats. Wie die Ruhrkohlen- u. G. in Essen mitteilt, ist es gelungen, zur Kündigung des Kohlenvertrages zum 20. September die erforderliche Mehrheit von 75 Proz. zu erhalten. Die Kündigung ist eingereicht. Der bisherige Kohlenvertrag tritt danach zum 30. September außer Kraft. Ob der Vertragsentwurf, wie er in der Sitzung der Ruhrblocks vom 13. August beschlossen wurde, am 1. Oktober an seine Stelle tritt, hängt davon ab, welche Haltung die Oppositionsgruppen einnehmen werden. Es ist damit zu rechnen, daß sie in der Frage der Bechenhau- bergesellschaft weitergehendere Konzessionen verlangen werden, als dies der Vertragsentwurf vorsieht.

Rheinmühlenwerke Mannheim. In dem in der Generalversammlung vorgetragenen Geschäftsbericht wird erwähnt, daß das abgelaufene Geschäftsjahr unter dem Einfluß der Marktentwertung gestanden hat. Besondere Beachtung erlitt der Betrieb durch die Befehle des Hafengebietes und seine Einbeziehung in die französische Zollgrenze, eine fünfmonatige Betriebsunterbrechung war die Folge. Nachdem ein Teil der Lebensmittel freigegeben war, konnte der Betrieb wieder aufgenommen werden. Seitdem die Reichsgetreidestelle ihre Tätigkeit eingestellt hat, wird von dem Rheinmühlenwerk wieder ausschließlich Handelsmüllerei betrieben. Über die Geschäftsaussichten für die Zukunft konnten bestimmte Angaben nicht gemacht werden. Hinsichtlich der Verwendung des Reingewinnes wurde von der Ausschüttung einer Dividende Abstand genommen. Bei den Aufsichtsratswahlen wurden die ausscheidenden Mitglieder Kommerzienrat Schäfer und Generaldirektor Wüschler wiedergewählt. Die von der Verwaltung beantragte Vorlegung der Goldmarkteröffnungsabläufe wurde von der Tagesordnung abgesetzt, besonders aus dem Grunde weil die Listen, die Industrie und Handel auf Grund der Londoner Konferenz zu erwarten haben, unbekannt sind.

Benz u. Cie., Rheinische Automobil- und Motoren-Fabrik A.-G., Mannheim. In der Generalversammlung unter Vorsitz von Geheimrat Dr. Profien gab der Vorsitzende dem Bedauern Ausdruck, daß eine Dividende nicht zur Ausschüttung gelangen konnte. Unter den obwaltenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, deren Unsicherheit gerade am heutigen Tag ihren Höhepunkt erreicht habe, sei es erklärlich, daß von der Ausschüttung einer Goldbilanz abgesehen worden sei. Herr Dr. Profien fügte hinzu, daß es außerdem auch noch unbekannt sei, wie hoch die Belastung der Industrie aus der aufzunehmenden Anleihe sich stellen werde, um eine wirklich richtige, der Wahrheit entsprechende Goldbilanz aufzustellen. Hinsichtlich der allgemeinen Geschäftslage bemerkte der Vorsitzende, daß es verneinend wäre, darüber jetzt etwas zu sagen. Der

Geschäftsgang sei so, wie überall bei anderen Werken. Die vorgelegte Bilanz sowie die Geschäftsberichte wurden einstimmig genehmigt. Die aus dem Aufsichtsrat turnusgemäß ausscheidenden Herren Geheimrat Dr. Prof. Dr. h. c. Carl Benz und Kommerzienrat Heinrich Perron wurden im Wege der Affirmation einstimmig wieder gewählt. Herr Dr. H. Schacht, Berlin, ist infolge Übernahme des Amtes des Reichsbankpräsidenten im Laufe des Geschäftsjahres aus dem Aufsichtsrat ausgetreten.

Rheinische Automobil A.-G. (Nabag) Mannheim-Düsseldorf. Die Generalversammlung genehmigte die vorliegende Bilanz. Der Aufsichtsrat wird auf neue Rechnung vorgetragen. Der Vorsitzende, Generaldirektor Funke, führte aus, daß mit der ausländischen Konkurrenz, die Massenproduktion hätten, der Absatz äußerst schwierig geworden sei, obwohl die Güte des deutschen Fabrikates der des Auslandes überlegen sei. Von Seiten der eigentlichen Autoindustrie sei die Kalkulation bis zur niedrigsten Grenze durchgeführt worden; die Löhne lägen sogar unter denen des Weltmarktes. Schuld an dem hohen Preis hätte die Fabrikation des Zubehörs; so stellt sich eine elektrische Bosch-Anlage auf 1430 Mk., was dem Preis für ein Kraftfahrzeug etwa entspricht. Eine Bewilligung der ausländischen Einfuhr, wie sie tatsächlich im besetzten Gebiete stattfindet, ist deutscher Qualitätsarbeit, als welche sich die feigreichen Nabagwagen erwiesen haben, nicht schädlich, wirkt sogar, wenn auch Teilfabrikate für Einfuhr freigegeben werden, nur verbilligend.

Bücheranzeigen

Das Wildseemoor bei Kaltenbrunn im Schwarzwald, ein Naturschutzgebiet von Dr. Karl Müller, Direktor des Bad. Weinbauinstituts. Mit 1 Karte und 28 Abbildungen. Karlsruhe 1924. Verlag G. Braun & Co. m. b. H. Preis geb. M. 4.—, geb. M. 5.50.

Das Wildseemoor stellt ein interessantes Stück Heimat dar, ein Kleinod, wie wir es in solcher Vollkommenheit weder aus dem Schwarzwald noch aus sonst einem Teile Deutschlands kennen, das haben die 13jährigen Untersuchungen des Verfassers, die in diesem Buche niedergelegt sind, mit aller Deutlichkeit gezeigt.

Wir lernen hier ein Hochmoor von außerordentlicher landschaftlicher Schönheit und naturwissenschaftlicher Eigenart kennen, das für alle Zeiten ein hervorragendes naturwissenschaftliches Lehrobjekt darstellt. Die zahlreichen jahrelang fortgesetzten botanischen Beobachtungen an Ort und Stelle und Temperaturmessungen während vieler Jahre stellen einen wichtigen Fortschritt in der indubitativen Ökologie der Hochmoorpflanzen dar und haben dem Verfasser gestattet, zahlreiche Probleme der Ökologie der Moorpflanzen einem besseren Verständnis zuzuführen. Weiter wurde durch die Untersuchungen u. a. auch die Frage der Entstehung des Wildseemoors geklärt, das Vorkommen und die Häufigkeit der einzelnen Pflanzen und Tiere des Moores festgestellt, sowie die Geschichte des Moores an Hand von Publikationen, die bis 200 Jahre zurückreichen, ermittelt.

Die beigegebenen 28 hauptsächlich photographischen Abbildungen und die Vegetationskarte werden auch für spätere Geschlechter einen Maßstab abgeben für die Veränderungen der Pflanzendecke des Moores im Laufe der Zeit. Das Buch wird nicht nur dem Pflanzengeographen willkommen sein, sondern allen den Tausenden von Besuchern des Wildseemoors und überhaupt jedem Freund und Verehrer unseres schönen Schwarzwaldes.

Heimatkunde des Amtsbezirks Lahr betitelt sich eine im Selbstverlag Professor R. Seyfried herausgegebene Schrift (Druck Carl Pfeiffer in Heidelberg), die mit feinsinnig-komplexen Skizzen R. Sengers versehen, in ihrer schlichten Plauderart unendlich viel Interessantes zu erzählen weiß. Neben den unumgänglich notwendigen Angaben trockener Statistik stehen knappe Angaben über volkswirtschaftliche Dinge, ein Rundgang durch die Ortschaften. Mit treffendem Wort weiß der kundige Verfasser schöne Flecken Landes zu kennzeichnen, bei Anekdoten zu verweilen und namentlich germanistisches Wissen ohne Aufdringlichkeit einzustreuen. Wo er Lokalgeschichte treibt, wird er warm, neben den Sagenstoffen liegt darin wohl der persönliche Reiz. Wenn man das Büchlein durchgelesen hat, das der ehemalige Lehrer Kreislehrer ohne Zweifel mit glücklichem Griff in peinlicher Ökonomie der Mittel zu einem schlichten, liebenswerten Haus- und Schulbuch umgeschaffen hat, möchte man sich gerne eine Serie solcher Werke wünschen, die das ganze badische Land darstellen. Eine mit Unterstützung Prof. Dr. Schmitts beehrte Karte mit allen nötigen Angaben macht die Lektüre angenehm und orientiert zuverlässig. H. S.

Einer neuen Ausgabe kommt die 16. Auflage der westdeutschen Rechtsausgabe der „Gewerbeordnung für das Deutsche Reich“ gleich. Sie hält den Stand vom 1. Juni 1924 fest, der Benutzer findet aber darin — und das ist besonders wichtig — auch alle nur irgendwie in Betracht kommenden Nebengesetze, so daß die Ausgabe geradezu ein kleines nie verfallendes Kompendium des Gewerberechts ist.

Angestelltenversicherungsgesetz. Textausgabe mit den Ausführungsbestimmungen, Beweifungen und Sachregister. Vierte Auflage herausgegeben von Dr. Heinz Jaeger, Direktor des städtischen Versicherungsamtes München. M. H. Weid, München 1924. Geb. 2.40 M. Nach langen Vorarbeiten ist der Wortlaut des Angestellten-Versicherungsgesetzes vom 28. Mai 1924 veröffentlicht und es steht zu erwarten, daß damit endlich ein gewisser Ruhepunkt erreicht ist. Dies gab dem Direktor des städt. Versicherungsamtes in München Dr. jur. Heinz Jaeger die Veranlassung, die bekannte Westdeutsche Textausgabe des Angestellten-Versicherungsgesetzes in neuer Auflage herauszugeben. Um die Ausgabe möglichst gebrauchsfähig zu gestalten, ist sie mit kurzen Beweifungen versehen; auch sind die wichtigsten Ausführungsbestimmungen im Wortlaut beigegeben. Als Nachtrag ist die für die Vertrauensmänner wichtige Wahlordnung für die Mitglieder des Verwaltungsamtes vom 17. Juni beigelegt.

Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich nach dem Stande vom 1. Juni 1924. Nebst den Arbeitszeitbestimmungen, dem Rindergesetz, dem Stellenvermittler-, dem Hausarbeit-, dem Schweißergesetz und dem Gewerbegerichts-gesetz sowie der Schlächterordnung. Textausgabe mit alphabetischem Sachregister 16. Auflage V 286 S. 8°, München, G. H. Weid. In Leinen gebunden M. 2.50.

Zivilprozessordnung nebst Gerichtsverfassungsgesetz und den einschlägigen Nebengesetzen in der ab 1. Juni 1924 geltenden Fassung. Textausgabe. 14. Auflage, mit Beweifungen, kurzen Anmerkungen und Sachregister, herausgegeben von Professor Dr. Heinrich Schulz, Senatspräsident am Obergericht München.

Die am 1. Juni in Kraft getretene Zivilprozessordnung in der neuen Fassung ist so einschneidend geändert worden, daß es sich tatsächlich um ein grundlegendes neues Gesetz handelt. Die bisherigen Auflagen sind dadurch veraltet. Umso mehr ist es zu begrüßen, daß der Neudruck dieser bereits in 13 Auflagen verbreiteten, bekannten Textausgabe des Gesetzes, dessen Herausgabe jetzt in den Händen von Professor Dr. H. Schulz, einer als Mitglied der Kommission zur Reform der ZPO. bekannten Autorität liegt, schon erschienen ist. — Die Ausgabe der ZPO. ist ganz neu angelegt. Durch Konzentration der Nebengesetze auf die ZPO. konnte der Umfang fast um ein Drittel vermindert werden, wobei aber noch neue, für die gegenwärtige Praxis wichtige Teile, wie das internationale Zivilprozessrecht, das Miet- und Pachtwesen usw. mit aufgenommen wurden. Diese Textausgabe mit Beweifungen und Sachregister ist in der bekannten roten Westdeutschen Sammlung Deutscher Reichsgesetze für alle Juristen und Kaufleute, aber auch Privatpersonen dringend nötig und kann wärmstens empfohlen werden.

Die Grundzüge der handwerklichen Selbstkostenberechnung. Von Dr. Karl Mühl (Mannheim), Leiter der kaufm. (betriebswiss.) Abt. des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung in Karlsruhe. VIII u. 214 Seiten. Karlsruhe 1924. Verlag G. Braun & Co. m. b. H. Preis geb. 6 Mark.

Das Buch, das eine Arbeit der kaufmännisch betriebswissenschaftlichen Abteilung des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk e. V. Karlsruhe darstellt, enthält die grundsätzlichen Dinge, die mit der handwerklichen Selbstkostenrechnung im Zusammenhang stehen. Es sind die einzelnen Kostenelemente, gleichgültig bei welchem Gewerbe sie auftreten, nach allen Seiten hin eingehend beleuchtet, in der Hauptsache deshalb, um das Kostenbewußtsein des verantwortlichen und praktisch tätigen Handwerkers zu stärken. Ein umfangreicher Abschnitt ist der Buchhaltung gewidmet, ebenso werden die Mittel und Wege gezeigt, wie die Interessenvertretungen des Handwerks die Förderung der Selbstkostenrechnung vorzunehmen haben.

Wenn auch da und dort die Einwendungen gemacht werden, man müßte dem Handwerker mit fertigen Unterlagen oder nur sehr kurz gehaltenen Abhandlungen zur Hand gehen, so ist das eine irrtümliche Ansicht. Es muß der Meister wie der Gewerbeschulmann den umfangreichen Stoff, der in diesem Buch durch zahlreiche Abbildungen erläutert ist, wohl oder übel durcharbeiten, wenn sich das Handwerk in dem immer zunehmenden Konkurrenzkampf behaupten will.

Formalismus und Intuitionismus in der Mathematik. Von Prof. Dr. Mich. B. Balbus. (Wissen und Werten Bd. XI) Karlsruhe 1924. Verlag G. Braun & Co. m. b. H. Preis 1 M. Die vorliegende Schrift will weitere philosophisch interessierte Kreise in eine Reihe von Fragen einführen, welche die letzten

Grundlagen jeder exakten Wissenschaft wie überhaupt des logischen Denkens berühren. In diese Fragen sind die Mathematiker in der jüngsten Zeit bei der Stellungnahme zu den logischen Fundamenten ihrer Wissenschaft tief eingedrungen, wobei sie sich in die zwei Gruppen der Formalisten und Intuitionisten spalteten. Der Gegensatz dieser beiden Denkweisen wird hier geschichtlich und systematisch gekennzeichnet, der gegenwärtige Stand des bedeutungsvollen Streites dargelegt.

Zeitschriftenschau

Die Neue Musik-Zeitung (Verlag Carl Grüniger Nachf. Ernst Metz, Stuttgart) bietet in ihrem 2. Jahrgang als wertvolle Gabe einen geistvollen und für die deutsche Opernbühne bedeutungsvollen Aufsatz Hans Fitners über Max Schuchmanns „Auf Weckhoven-Spuren“ fort. Biographische Abhandlungen über Karl Meißner und Paul Krause (als modernem Orgelmeister), sowie Beiträge und Berichte von Prof. Dr. Seidl, Dr. Hugo Holle u. a. ergänzen den Inhalt des interessanten Heftes, dem eine sehr feine Musikbeilage mit einem Lied von H. Reuß und einem Klavierstück von W. Niemann beigegeben ist. Zwei bemerkenswerte Sonderhefte bringt der Juli (Heft 7 und 8). Das eine, ein in der Hauptsache dem Thema „Ausführungsstil und Aufführungsprobleme der Deutschen Musik“ gewidmetes Heft, in dem Prof. Dr. G. J. Rosen, Prof. Dr. Gasse und Hermann Keller sehr beachtenswerte Aufsätze über den Vortrag Bachscher Klavier- und Orgelwerke sowie über Bachs vokale Ornamentik geben. Ein weiterer Beitrag bietet interessantes Material über die verschiedenen Zweige der Bachschen Familie in Arnstadt. Darneben finden sich in dem reich illustrierten Heft ein Nekrolog auf Hermann Kreisföhrer, Berichte vom Koninkstierfest und anderen Musikfesten usw. Das 2. Sonderheft ist dem 4. Donaueschinger Kammermusikfest gewidmet, bringt biographische Abhandlungen und 11 Bilder der aufgeführten Komponisten, Analysen ihrer Werke, ferner eine Reihe ausgearbeiteter Aufsätze von H. Burkhard, Prof. G. Schorn, Moiss Haba, Prof. Dr. G. J. Rosen u. a. Eine reizende Zugabe ist die Veröffentlichung eines bisher unbekanntes Briefes von Michael Haydn. Alle Hefte enthalten außerdem eine Fülle von Musikberichten, Besprechungen und Notizen über Kunst und Künstler. Probeheft endet gegen 70 Bsp. postfrei der Verlag.

Das erste Heft der neuen wissenschaftlichen Zeitschrift für die Gewerkschaftsbewegung „Die Arbeit“ (Verlags-Gesellschaft des DGB, Berlin) ist in den letzten Tagen erschienen. In dem Einführungsaufsatz „Der Weg der Gewerkschaften“ entwickelt der Redakteur der „Arbeit“, Lofar Erdmann, das Programm der neuen Zeitschrift. Fritz Tarnow, befragt die „Wandlungen im Tarifvertragswesen“. Professor Lujo Brentano, behandelt „Die deutschen Gewerkschaften nach dem Versailles-Friedensdiktat“. Der Herausgeber der Zeitschrift, Theodor Leipart, kommentiert „Die Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung“ und legt die Beziehungen der Gewerkschaften zu den politischen Arbeiterparteien dar. Der Dagegen an der Hochschule für Politik, Karl Wernicke, untersucht „Die Kulturbeurteilung des Wirtschaftstages“. Der bekannte Vorkämpfer der Gemeinwirtschaft, Dr. Martin Wagner, fordert in einem programmatischen Aufsatz „Gemeinwirtschaftspolitik“ die Schaffung eines wirtschaftlichen Generalstabes, der die Partei, die Gewerkschaften und die Genossenschaften zu einer einheitlichen Kampfkraft zusammenfaßt.

Die neue Nadelarbeit in der Volksschule. Auf Grund mehrjähriger Erfahrung bearbeitet von Anna M. und Dr. F. Leiterin des Handarbeitsunterrichts an den Volksschulen der Stadt Köln. Mit vielen Zeichnungen von Frau Kopp-Möhl. Heft VI, 7. Schuljahr. Karlsruhe 1924. Verlag G. Braun & Co. m. b. H. Preis M. 2.20.

Zu liberale freier und klarer Weise, unterstützt durch anschauliche vielfache Zeichnungen von Frau Kopp-Möhl, gibt das Werk sachgemäße und methodische Anleitung zur Anfertigung sämtlicher Aufgaben des Lehrplans von 2. bis 8. Schuljahr in geforderten Feiten. Schülen, Lehrerinnen, Mütter und Kinder werden das Erscheinen des lang erwarteten Heftes VI begrüßen. Es gibt auf 44 Seiten (Groß-Quartformat) mit vielen Abbildungen wie die schon früher vorliegenden 5 Hefte Anleitung zu fröhlicher, nützbrender Beschäftigung. Innerhalb der durch das technische Ziel gezogenen Grenze wird dem Formen- und Farbeninn soviel wie möglich Gelegenheit zur freien Betätigung geboten. Aus dem Inhalt von Heft VI: Hand- und Maschinennähen (Stragen und Rähgen, Köstfäuben, Das erste Maschinennähen, Das Rähgen, Die Schürze, Der durchgezogene Faden), Das Wäscheputzen, Nebenarbeiten. Dieses weitere Heft wird dem Kundbörffchen Werke viel neue Freunde gewinnen.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe.

Direktion: Adalbert Steffter.

Heute, Samstag, abends 8 Uhr.

Der Fürst von Pappenheim.

Morgen, Sonntag, abends 7 1/2 Uhr.

Der Fürst von Pappenheim.

Montag, 18. und Dienstag, 19. August, abends 8 Uhr.

Letzte Aufführungen:

Der Fürst von Pappenheim.

Reisevertreter

zum Verkauf 3 ges. gesch. Haushaltsgebrauchsartikel bei hoher Provision für den dortigen Bezirk gesucht. Herren, die nachweislich schon mit Erfolg in der Eisenwaren- und Küchenartikelbranche gereist haben, bevorzugt. Offerten mit Ausweis und bisheriger Tätigkeit an

Werner & Kirchner, Sochum

Ehrenfeldstraße 21.

Bezirksfürsorge u. Wohlfahrtswesen.

Privat-Beamtin, 38 Jahre alt, wünscht seine Tätigkeit dem allgemeinen Fürsorge- und Wohlfahrtswesen zu widmen. Derselbe bereitet sich z. Bt. als Volontär auf einem Wohlfahrtsamt für diesen Beruf vor und ist bis 1. Oktober ds. Jrs. zur Übernahme einer diesbezüglichen Stelle bereit. Gest. Offerten erbeten unter D. 504 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Buchdruckerei und Verlag

G. Braun & Co.

Normal- & Deutsche Hofbuchdruckerei und Verlag

Karlsruherstraße 14

Karlsruhe

Modern eingerichtete

leistungsfähige Buchdruckerei

Herstellung von

Werken, Zeitschriften

und Drucksachen

jeder Art

Schnelle und sorgfältige Ausführung

H. Courths-Mahler:

Das ist der Liebe

Zaubermacht!

beginnt jetzt in

Notbarts Verkränkung

Wöchentlich erscheint 1 Heft

im Umfange von 32 bis

48 Seiten. Preis pro Heft

(einschl. Porto für Zufendung)

nur 20 Pfg. (Verl. Sie Probeheft geg. Einfr. von 20 Pfg. in Briefmarken.

Buchverlag Kaufner

Grünheide (Mark).

Wer liefert täglich

10 Zentner Pflaumen

Emballage täglich franco

zurück. Offerten mit unge-

fährtem Preis an **M. D. H.**

Altona (Elbe) Erz-

bergerstraße 17. D. 507

Metallbetten

Stahlmatt, Kinderbett, direkt

an Private, Katalog 78 R frei.

Eisenmöbelfabrik Süß (Zähr.)

Winter-Semester 1924/25.

UNIVERSITÄT KÖLN.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche, Rechtswissenschaftliche, Medizinische (nur für Kliniker) und Philosophische Fakultät. Handels- und Verwaltungswissenschaften. Hochschulstudium. Vorlesungsbeginn 3. November. Die Einschreibefrist läuft vom 15. Oktober bis 5. November. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitäts-Sekretariat gegen Voreinsendung von M. 0.60 (dazu Porto M. 0.10) bezogen werden.

Paßbilder

für Reise und Bahnfahrten

schnell und billig

Photographisches Atelier

Rausch & Pester

Erbsprinzenstr. 3 D. 485

Wer kauft täglich einige

Zentner frische

Brombeeren

zu billigen Preisen? - Die

ferant zu erfragen in der

Expedition der Karlsruher

Zeitung. D. 508

Bürgerl. Rechtspflege

a. streitige Gerichtsbarkeit.

2.301. Karlsruhe. Kon-

kursverfahren Firma

Automobil- und Motoren-

triebsges. m. b. H. Kaspar

& Co. hier mangels Masse

eingestellt.

Antsgericht Karlsruhe A 5.

Bekanntmachungen

Hochbauarbeiten zur Er-

bauung eines Dienstwohn-

gebäudes für 8 Familien

auf Station Wintersdorf

öffentlich zu vergeben:

a) Reparaturarbeiten, b) Glä-

serarbeiten, c) Schreiner-

arbeiten, d) Schlosser-

arbeiten, e) Terrazzoarbeiten,

f) Anstreicherarbeiten, g)

Kapezierarbeiten. Pläne

und Bedingnisheft liegen

auf unserem Hochbaubüro

im 2. Stock des neuen Auf-

nahmegebäudes Karlsruhe

zur Einsicht auf, wo auch

die Angebotsvorbrude gegen

Ersatz der Selbstkosten in

Empfang genommen werden

können. Die Kosten

der Angebotsvorbrude be-

tragen für a, b, d, e, f =

je 30 Pfg., für c = 45 Pfg.

und für g = 20 Pfg. Die

Angebote sind verschlossen

und mit der Aufschrift

„... arbeiten für das

Dienstwohngebäude Win-

tersdorf“ versehen, längs-

stens bis Montag, den 1.

September 1924, vormittags

11 Uhr, eingureichen. Zu-

schlagsfrist 3 Wochen. 300

Karlsruhe, 14. Aug. 1924.

Hochbauinspektion II.

Essentielle Verfeinerung

alter, für Eisenbahnwerke

nicht mehr geeignete Ge-

räte, darunter Wänle,

Tische, Werkbänke, Höl-

zer und eis. Schränke, Koch-

herde, Ambosse, größere

Mengen Guß u. Schwarz-

eisen und Blech, gegen Ver-

zählung am Montag, den

18. August 1924, vormittags

7 1/2 Uhr beginnend im Ge-

schäftshaus der Karlsruher

alten Personenbahnhofs (Ein-

gang Hippurrerstr.) 278

Karlsruhe, 12. Aug. 1924.

Reichsbahndirektion.

Materialamt.

Druck G. Braun, Karlsruhe